

Demokratische Legitimität

Gary S. Schaal

Demokratie ist immer „*démocratie à venir*“, wie Jacques Derrida (1981) es formuliert hat, sie ist ein prinzipiell un abgeschlossenes Projekt. Die Spannung zwischen Realität und Normativität – oder in der Terminologie von Jürgen Habermas (1992): zwischen Faktizität und Geltung – ist damit nicht nur jeder Demokratie, sondern auch jeder Demokratietheorie eingeschrieben.

Vor diesem Hintergrund besteht der besondere Reiz der bereits 2008 auf Französisch publizierten Monographie „Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe“ von Pierre Rosanvallon, Professor für neuere und neuste politische Geschichte am Collège de France, darin, die Grundzüge einer solchen *realistischen Utopie* skizzieren zu wollen. In der 2010 erschienenen deutschen Übersetzung bezeichnet Pierre Rosanvallon sein Konzept als „konstruktiv-realistische Demokratietheorie“ (S. 274). Doch Begriffe sind nie *nur* Begriffe und dass Pierre Rosanvallon sein normatives Ideal in die eher undemokratische Traditionslinie der realistischen Demokratietheorie stellt – die so illustre Autoren wie Joseph A. Schumpeter (1942/2013) oder den jungen Giovanni Sartori (1965) umfasst –, ruft selbst im postideologischen Zeitalter beim Lesen normative Verunsicherungen hervor. Liegt hier das Werk eines in emanzipatorische Wolle gehüllten realistischen Technokraten vor? Oder folgt Pierre Rosanvallon nur der Leitidee der Kritischen Theorie in den 1990er Jahren, von Claus Offe (1989) auf die Maxime gebracht, lieber Minima zu garantieren als Maxima zu fordern? Des Missbrauchpotenzials seiner konstruktiv-realistischen Demokratietheorie ist sich der Autor bewusst, finden sich doch gleich an mehreren Stellen im Buch Hinweise darauf, dass der emanzipatorische Gehalt der theoretischen Überlegungen in der Praxis auch gelebt und gegen technokratisch-funktionalistische Übernahmetendenzen verteidigt werden muss.

Die demokratische Legitimation westlicher Regierungen ist im Zuge der globalen Wirtschafts- und Währungs Krise nach 2007/2008 sowie der aktuellen Flüchtlingskrise



Prof. Dr. Gary S. Schaal

Professur für Politikwissenschaft, insbesondere Politische Theorie
Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr
Hamburg

Pierre Rosanvallon, *Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe*, 2010, Hamburg



massiv in Frage gestellt worden. Pierre Rosanvillons Buch bietet Auswege aus dieser Krise, indem es die Basis demokratischen Regierens von zweifelhaften Einheitsfiktionen wie *Volk* und *Volkswille* durch Konzepte ersetzt, die auf Pluralität, Differenz und bürgernaher, basisdemokratischer Beteiligung basieren.

Der gesamte Argumentationsgang wird von einem zentralen Narrativ getragen, die um die Pole Allgemeinheit, Partikularität und politische (demokratische) Legitimation kreist. Rosanvillons These lautet, dass *die Allgemeinheit der Demokratie* im Zuge politisch-ökonomisch-sozialer Transformationsprozesse zunehmend durch Partikularität (z)ersetzt wird und hierdurch demokratische Politik nicht nur eine neue legitimatorische Basis benötigt, sondern auch neue Institutionen und Verfahren, die nicht mehr auf Allgemeinheit (oder: Einheitsvorstellungen) Bezug nehmen, sondern auf ihr Gegenteil, d. h. Partikularität, Vielfalt, Pluralität und Differenz. Dieses Leitmotiv des Buches korrespondiert mit Überlegungen, die sich so auch bei Autoren wie Michel Foucault (2004a, b), Paolo Virno (2005) oder Reinhart Koselleck (1987) finden lassen. Das Narrativ lautet, dass im historischen Prozess der Schaffung der Nationalstaaten eine neue politische Sprache etabliert wurde, die die *politische* Beherrschbarkeit der Massen überhaupt erst ermöglichte. Gegen diese tendenziell eher machtkritischen Interpretationen setzt Rosanvallon eine alternative Lesart, in der die Neuerfindung der Demokratie als repräsentative Demokratie in der Moderne durch Einheitsvorstellungen als Quelle politischer (d. h. demokratischer) Legitimation überhaupt erst ermöglicht wurde, wobei drei Einheitsvorstellungen von besonderer Bedeutung sind: das *Volk*, der *Volkswille* und das *Gemeinwohl*. Entlang diesen Konzepten entwickelten sich die Theorie und die Praxis moderner demokratischer Staatlichkeit im 19. und 20. Jahrhundert: Die demokratische Souveränität lag beim *Volk*, die Mehrheit bei Wahlen wurde zum *Volkswillen* deklariert und das positiv bestimmte *Gemeinwohl* wurde zum Leitstern von Verwaltungshandeln. Die historischen Veränderungen dieser Konzepte verdeutlicht Rosanvallon maßgeblich an Frankreich und den USA, d. h. einem eher republikanischen und einem liberalen politischen Gemeinwesen. In der Bezugnahme auf Frankreich liegen sowohl die Stärke als auch die Schwäche des Buches. Die Stärke insofern, als unser Nachbar im Westen eine historisch-politisch-ideengeschichtliche Tradition besitzt, die im deutschen Diskurs selbst heute noch selten rezipiert wird und die Alternative zum liberalen Modell von Demokratie (räumlich) so nahe liegt. Zugleich resultiert hieraus auch eine Schwäche, weil der französische Fall übergeneralisiert wird.

In gesellschaftstheoretischer Perspektive reiht sich das Buch *Demokratische Legitimität* in den Mainstream des krisendiagnostizierenden sozialwissenschaftlichen Schrifttums ein, wenn u. a. sinkendes Vertrauen in politische Institutionen und Politiker_innen, sinkende Wahlbeteiligung und sinkende Zufriedenheit mit den Ergebnissen des demokratischen Prozesses angeführt werden. Dies alles führt nach Rosanvallon in eine demokratische Legitimationskrise, deren Ursachen – und hier liegt ein Unterschied zum gängigen Diskurs – in dem Auf- und Zerbrecen der klassischen Einheitsvorstellungen zu suchen sind. Anregend ist die in der zeitgenössischen Demokratietheorie noch zu selten anzutreffende ganzheitliche, gesellschaftstheoretische Perspektive, die besonderen Wert auf die Analyse des Wechselspiels von ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen legt. So kann Rosanvallon nicht nur überzeugend rekonstruieren, wie die historische Transformation von der fordistischen zur postfordistischen Produktionsweise „die Arbeitsklasse“ als gesellschaftliche Gruppe mit sehr ähnlichen politischen Zielen aufgelöst hat, sondern auch, welchen Einfluss die Individualisierung des Konsumgüterangebots auf die Pluralisierung und Ausdifferenzierung sozialer und politischer Milieus besitzt. Diese Tendenzen besitzen für Rosanvallon *auch* emanzipatorisches Potenzial. Doch zeigt

sich hier das Problem dieser realistischen Utopie in Form ihrer historischen Zeitpunktbezogenheit. Das bereits angesprochene Wohlwollen gegenüber der Expertokratie wirkt – gerade mit Blick auf die ökonomische Basis demokratischen Regierens – spätestens nach der Wirtschaftskrise 2007/2008 ff. und der radikalen Sparpolitik in Europa seltsam anachronistisch und unkritisch. Und man muss nicht – wie Wolfgang Streeck (2014) – den Untergang der Demokratie angesichts neoliberaler Tendenzen ausrufen, sondern nur von einer strukturellen Spannung zwischen Demokratieprinzip und (gegenwärtigem) Marktprinzip ausgehen, um Rosanvillons diesbezügliche Position als unrealistisch optimistisch, oder polemischer, als blauäugig zu bezeichnen.

Auch die Therapievorschläge für die Legitimationsdefizite moderner Demokratien erscheinen mit acht Jahren Abstand und einer zunehmend neoliberalismusskeptischeren Grundstimmung in der Gesellschaft in einem kritischeren Licht. Dies vor allem, da die Vermutung naheliegt, dass die vorgeschlagenen Institutionen und Verfahren stärker dem Geist neoliberalen Effizienzdenkens verpflichtet sind, als sich der Autor selbst eingestehen würde.

Wenn die Legitimation durch Einheitsvorstellungen brüchig geworden ist, muss sie für Rosanvallon ersetzt werden, und zwar durch die „Legitimität der Unparteilichkeit“, die „Legitimität der Reflexivität“ und die „Legitimität der Nähe“ (alle S. 15).

Politik sei den Burger_innen so suspekt geworden, dass aus ihrer (notwendigen) Parteilichkeit ihre Delegitimierung resultiert. Deshalb habe Politik zunehmend unabhängige Aufsichts- oder Regierungsbehörden eingesetzt, die sich durch ihre Unabhängigkeit von politischen Einflüssen auszeichnen. Ihre Legitimität basiere entsprechend auf ihrer Leistung für die Burger_innen (d. h. Outputlegitimation). Basis der positiven Bewertung der unabhängigen Behörden ist ihre praktische Orientierung am Ideal einer „negativ-prozedurale[n] Allgemeinheit“ (S. 122), durch die niemand Vorteile oder Privilegien genießt. Gesellschaftspolitisch gewinnt dieses Konzept für ihn dann emanzipatorisches Potenzial, wenn eine „Gesellschaft der radikalen Unparteilichkeit“ (S. 134) angestrebt wird, in der Diskriminierungen geahndet und wiedergutmacht werden. Zudem soll die Entwicklung von Ungleichheiten durch „Vorab-Intervention“ (S. 134) vermieden werden. Unparteiliche Institutionen sind für Rosanvallon dann „Wächter und Werkzeuge zur Realisierung [...] radikaler Unparteilichkeit“ (S. 134).

Die Legitimation durch *Reflexivität* folgt aus der Anerkennung gesellschaftlicher Pluralität und der Einbeziehung aller Stimmen in reflexive Prozesse. Hier schließt Rosanvallon indirekt an Theorien der Deliberation an, wie sie z. B. von Jürgen Habermas (1992) vertreten werden. Es sind Verfassungsgerichte und Verfassungsrichter_innen, auf denen seine unparteilichen Hoffnungen demokratischer Reflexivität ruhen: „Je größer die Gegensätze in der Parteipolitik, desto stärker ist die Legitimität einer reflexiven Institution, auf umstrittenen Gebieten zu intervenieren.“ (S. 206)

Reflexivität soll jedoch nicht auf Verfassungsgerichte beschränkt bleiben, sondern um eine neue, dialogorientierte Politik auf der lokalen Ebene ergänzt werden. Im Mittelpunkt steht eine Politik der „Zugänglichkeit, Aufgeschlossenheit und Empfänglichkeit“ (S. 250), eine *Nähe*, die die psychosoziale Dimension politischer Beteiligung berücksichtigt. Letztlich hofft Rosanvallon auf die Ausbildung einer „partizipative[n] Demokratie“ (S. 250), die auf der lokalen und kommunalen Ebene Burger_innen in ihrer Differenz unparteilich wahrnimmt und mit Hilfe neuer politischer Beteiligungsformen (Burger_innenkonferenzen, Burger_innenjurys, Mini-Publics etc.) auf vielfältige Weise einbezieht, um so „Legitimität der Nähe“ (S. 15) herzustellen.

Ist *Demokratische Legitimität* heute noch ein besonderes Buch? Die Antwort darauf ist nicht eindeutig. *Einerseits*: In den Sozialwissenschaften ist die groÙe gesellschafts-

theoretische Perspektive heute eher verpönt und Rosanvillons umfassender Blick, der historische, ökonomische, politische und sozialpsychologische Überlegungen verbindet, daher bemerkenswert. Zudem verdeutlicht Rosanvillon, dass auch in Zeiten der beschleunigten Globalisierung die politische Geschichte eines Landes und seine Traditionen weiterhin Bedeutung besitzen. Diese Momente sind anregend und mitunter, v.a. mit Blick auf Frankreich, auch irritierend, weil sie verdeutlichen, wie sehr die deutschen Leser/innen in der liberalen Tradition politischen Denkens stehen. *Andererseits*: Irritierend sind aus heutiger Perspektive jedoch die drei Therapien, die der Autor als Antwort auf die Legitimationskrise verabreichen will. Zwar richtet er den Blick auf politische Prozesse und Institutionen, die selten das Licht demokratietheoretischer Analyse genießen (unabhängige Regulierungsbehörden!), verknüpft sie mit der Hoffnung auf kommunikative Rationalisierung im Gefolge Habermas' und ergänzt diese Melange durch neue politische Beteiligungsformen auf der lokalen Ebene. Aber so gradlinig emanzipatorisch ist sein Argument dann doch nicht konturiert. Denn Rosanvillons Argumentation durchzieht eine elitistische und expertokratische Ausrichtung, deren Optimismus heute verwundert und die der Idee politischer Gleichheit widerspricht. Aus erkenntnistheoretischen Gründen ist auch die Vorstellung einer „negativen Allgemeinheit“ mit einem Fragezeichen zu versehen. Denn dass unabhängige Behörden politische Praxen finden, die *niemandem Vorteile* bringen und *niemanden bevorzugen*, erscheint fast genauso schwierig, wie das Gemeinwohl positiv zu bestimmen. Und obwohl Rosanvillon für eine beteiligungsorientierte Demokratie auf lokaler Ebene wirbt, atmen seine Therapievorschläge die Air des Unpolitischen, denn all das, was Politik – oder besser: das Politische – ausmacht (Konflikt, Dissens, Parteilichkeit), soll *aufgehoben* werden durch die effiziente, reflexive Unparteilichkeit von unabhängigen Behörden und Verfassungsgerichten. Demokratie *als Politik* droht damit jedoch verloren zu gehen. Und hier steht Rosanvillons Therapie – allen emanzipatorischen Bemühungen zum Trotz – in problematischer Nähe zu neoliberalen Verkürzungen von Politik als das Exekutieren von Sachzwängen oder des objektiv Notwendigen. Auf einer Ebene kann das Buch – zugespitzt natürlich – daher auch als eine Studie darüber gelesen werden, wie sehr ökonomistisches Denken auch in emanzipatorische Anliegen eingedrungen ist.

Literatur

- Derrida, J., 1981, *Les fins de l'homme*, Galilée, Paris.
- Foucault, M., 2004a, *Die Geburt der Biopolitik*, Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Foucault, M., 2004b, *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung*, Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Habermas, J., 1992, *Faktizität und Geltung*, Suhrkamp, Frankfurt am Main.
- Koselleck, R., 1987, *Poetik und Hermeneutik*, Bd. 12, *Epochenschwelle und Epochenbewußtsein*, Fink, München.
- Offe, C., 1989, *Fessel und Bremse. Moralische und institutionelle Aspekte „intelligenter Selbstbeschränkung“*, in: Honneth, Axel/McCarthy, Thomas/Offe, Claus/Wellmer, Albrecht (Hrsg.) 1989: *Zwischenbetrachtungen: Im Prozeß der Aufklärung*. Frankfurt am Main, Suhrkamp Verlag, S. 739-774.
- Rawls, J., 1993, *Political Liberalism*, Columbia University Press.
- Sartori, G., 1965, *Democratic theory*, Praeger.
- Schumpeter, J. A., 1941/2013, *Capitalism, socialism and democracy*, Routledge, London.
- Streeck, W., 2014, *The politics of public debt: Neoliberalism, capitalist development and the restructuring of the state*, in: *German Economic Review*, 15(1), pp. 143-65.
- Virno, P., 2005, *Grammatik der Multitude. Die Engel und der General Intellect*, Turia & Kant, Wien.